

Liebe Mitglieder der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe, liebe Anwesende

Es ist mir eine Freude und eine Ehre, dass ich an der letzten Jahresversammlung der Vereinigung Schweiz-Zimbabwe zu Ihnen sprechen kann.

Wir alle, die wir mit Zimbabwe verbunden sind, haben miterlebt, wie das Land aus einem Hoffnungsträger zu einem Problemland wurde. Nachdem die Wirtschaft in den 80er Jahren konstante Wachstumsraten verzeichnete, schrumpfte sie – trotz der spektakulären Diamantenfunde in den 2000er Jahren. Heute umfasst die wirtschaftliche Leistung des Landes noch 10% ihrer Kapazität. Zimbabwe wurde im wahrsten Sinne des Wortes deindustrialisiert. Die vielen gut ausgebildeten Fachkräfte haben das Land verlassen und sind auf der ganzen Welt verstreut. Zimbabwerinnen und Zimbabwer findet man in Führungspositionen überall im südlichen Afrika, an den Universitäten, in NGOs, aber auch in der Wirtschaft. Das britische Gesundheitswesen käme ohne das Fachpersonal aus Zimbabwe (und anderen Ländern des Commonwealth) in ernsthafte Schwierigkeiten. Insgesamt leben rund 3 Millionen (von 16,5 Mio. Einwohnern) in der Diaspora.

Wie konnte es so weit kommen? Dieser Frage möchte ich in meinem Vortrag nachgehen, bevor ich dann auf die heutige Situation zu sprechen komme, die durch den vom Militär erzwungenen Abgang von Robert Mugabe im November 2017 eine dramatische Wende genommen hat. Ich beende mein Referat mit einem Hinweis auf eine erstaunliche Swiss Connection zu Zimbabwe, die sich mir erst kürzlich erschlossen hat.

### 1. Zimbabwe – ein Raubtierstaat?

Ich stütze mich dabei auf ein 2018 erschienenenes politikwissenschaftliches Werk «Zimbabwe's Predatory State. Party, Military and Business» von Jabusile M. Shumba, das versucht, die Entwicklung Zimbabwes zu erklären. In der Wissenschaft hat man immer wieder versucht, herauszufinden, was die Asian Tigers richtig gemacht haben, damit aus ihnen moderne, entwickelte Staaten wurden, und was in vielen afrikanischen Staaten schiefgelaufen ist. Es war viel von prekären und sogenannten *failed states* die Rede, von Staaten also, die schwach sind und die Kontrolle über die Entwicklung verlieren und deshalb vom Zerfall bedroht sind. Es war immer klar, dass dies auf Zimbabwe nicht zutrifft. Zimbabwe hat nach wie vor einen starken zentralistischen Staat, der das Gewaltmonopol unangefochten ausübt. Was sind also gemäss Shumba die Charakteristiken, welche die Entwicklung in Zimbabwe steuern?

Shumba nennt vier grundlegende Faktoren:

1. Die Kontrolle von Partei und Armee über den Staat, der kein autonomes Leben besitzt, dessen Exponenten keine eigenständigen, gesetzeskonformen Entscheide fällen dürfen. Beamte werden aufgrund ihrer Loyalität und nicht aufgrund ihrer Kompetenz eingestellt.
2. Die enge Einbindung der Wirtschaft in das Patronagesystem der Macht. Auch sie übt keine eigenständige Rolle in der Gesellschaft aus.
3. Die Gesellschaft wird durch Gewalt und Repression kontrolliert. Sie ist ebenfalls kein eigenständiger Partner der Macht.

Shumba bezeichnet Zimbabwe als Raubtierstaat. Die Kontrolle über die staatlichen Strukturen dient der herrschenden Elite dazu, das Land zu plündern. Dabei verbündet sie sich mit ausgewählten «vertrauenswürdigen» ausländischen Konzernen, die sie an der Plünderung teilhaben lässt, genannt

werden chinesische und südafrikanische Partner der Elite. Dass darunter auch Konzerne mit Sitz in der Schweiz zu finden sind, werden wir später sehen. Shumba zeigt diese Entwicklung anhand der wichtigsten Wirtschaftssektoren detailliert über die Jahre hinweg auf: Land und Landwirtschaft, Bergbau, Transport und Energie, Banken und Finanzen. Er schlägt den Bogen von der Kolonialzeit bis in die Postkolonie und zeigt die wechselnde Rolle des Staates bei der Akkumulation von Reichtum auf. Wichtig ist ihm aufzuzeigen, dass dieser Staat nach dem Prinzip der kurzfristigen Plünderung funktioniert und damit eine eigentliche Anti-Entwicklungspolitik verfolgt, bei der der Machterhalt der Elite im Zentrum steht.

Shumba weist darauf hin, dass Zimbabwe bei der Unabhängigkeit im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern Afrikas über einen professionell funktionierenden Staatsapparat verfügte, dessen Mangel die Diskriminierung der schwarzen Bevölkerungsmehrheit war. Dies verdankte das Land dem Umstand, dass die Siedlerkolonie seit 1923 selbstregiert war. Der Autor zeigt auf, wie die postkoloniale Regierung in den ersten 10 Jahren im Wesentlichen die Wirtschaftspolitik ihrer Vorgängerin weiterführte. Sie setzte deren Allianz mit dem weissen Agrarkapital fort und unternahm wenig, um die Entwicklung einer schwarzen Bauernschaft zu fördern. Zum Beispiel wurde nichts getan, um afrikanischen Bauern zu Krediten und damit zu Kapital zu verhelfen. Die geplante Landverteilung auf der von der Lancasterhouse-Verfassung vorgeschriebenen Basis von *willing seller and willing buyer* wurde nur zu einem Fünftel umgesetzt. Auch als die 10-jährige Sperrklausel 1990 auslief, unternahm die Mugabe-Regierung keine ernsthaften Bemühungen zur Landreform. Sie setzte auf die Ertragskraft der kommerziellen weissen Betriebe, obwohl die Landfrage eine zentrale Motivation für den Befreiungskampf gewesen war. Bei spontanen Landbesetzungen griff die Polizei regelmässig zugunsten der Grossfarmer ein. Erst Ende der 90er Jahre, als das Regime wegen der Wirtschaftskrise den Rückhalt in der Bevölkerung zu verlieren drohte, entwickelte sie eine antiweisse Rhetorik und setzte auf Landbesetzungen und schliesslich auf die Fast Track Land Reform.

Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch im Bergbau, wo die Regierung internationale Minengesellschaften ins Land holte, und die einheimischen Kleinbetriebe nicht förderte. Im Gegenteil, Mitglieder der Elite nehmen die informellen Schürfer mit eigentlichen Syndikaten nach Strich und Faden aus. Auf den Diamantenfeldern von Marange wirkten zuerst informelle Schürfer, die 2008 mit brutalster Gewalt von den Sicherheitskräften vertrieben wurden, wobei 200 von ihnen den Tod fanden. Danach wurden Joint Ventures zwischen Militärs und politischer Elite einerseits und Bergbaugesellschaften andererseits eingegangen. Der Gewinn wurde am Fiskus vorbei in private Taschen geschaufelt.

In den 80er Jahre boomte das Land mit jährlichen Wachstumsraten von 8-12 Prozent. Zwar wurde das Gesundheits- und Erziehungswesen ausgebaut, aber es wurde wenig in die Wirtschaft investiert, um die jährlich erforderlichen 200'000 Arbeitsplätze zu schaffen. Als die Krise sich zuspitzte, liess sich die Regierung von Weltbank und IWF zu einem ausserordentlich harschen Restrukturierungsprogramm bewegen, das grosse soziale Härten verursachte. Es kam zum Generalstreik und Protesten gegen die Regierung. 1999 wurde schliesslich die Oppositionspartei MDC als breite Koalition von Arbeitern, Studierenden, Kirchen und der weissen Grossfarmer gegründet. Im Februar 2000 lehnte das Volk das Referendum für eine neue Verfassung ab. Als Reaktion darauf erfolgten die Landbesetzungen.

Shumba legt den Beginn der systematischen Plünderung des Staates auf die Privatisierungen des Strukturanpassungsprogramms, das zahlreiche Gelegenheiten für private Bereicherung schuf. Die privatisierten parastaatlichen Unternehmen wurden Angehörigen der politischen und militärischen Elite übergeben, die gnadenlos Ressourcen abschöpften. Dasselbe gilt auch für die Landreform, bei

der gemäss Shumba rund die Hälfte der enteigneten Farmen in die Hände derselben Elite fiel. Die Zerstörung der kommerziellen Landwirtschaft hatte auch negative Folgen auf die verarbeitende Industrie, die zu 60 Prozent vom Bedarf der Landwirtschaft lebte.

2008 wurde das Indigenisierungsgesetz vom Parlament verabschiedet, das internationale Investoren abschreckte. Es sah vor, dass einheimische Partner die Mehrheitsbeteiligung an einem Unternehmen erhalten sollten, was in erster Linie im Bergbau geschah. Mitglieder der Elite wurden in diese Positionen gebracht. Auch dies wieder eine Möglichkeit zur Plünderung von Ressourcen ohne Entwicklungsengagement. Der Staat favorisierte Investitionen von aus seiner Sicht «vertrauenswürdigen» ausländischen Unternehmen, denen entgegen dem Gesetz eine Aktienmehrheit überlassen wurde. Hingegen hatte die Elite kein Interesse am Aufkommen von eigenständigen einheimischen Geschäftsleuten. Deren Vorankommen wurde nach Kräften behindert.

Wir alle kennen Geschichten von zimbabwischen Bekannten, die eine feste Stelle hatten, Geld auf die Seite legten, um für die Ausbildung der Kinder gerüstet zu sein, und dann alles verloren, als ihre Bank zahlungsunfähig wurde oder die Währungsreform ihre Ersparnisse wertlos machte. Oder Staatsangestellte, die 43 Jahre lang eine Pension angespart hatten, die heute noch 40 USD beträgt und nach langer Wartezeit in der Schlange vor der Bank in Bond-Münzen ausbezahlt wird. Dem Bankensektor widmet das Buch ein ganzes Kapitel. Von 1980 bis 1990 waren neben der Reserve Bank nur ausländische Banken in Zimbabwe tätig. Diese führten die rassistische Geschäftspolitik Rhodesiens weiter und gewährten schwarzen Geschäftsleuten praktisch keine Kredite. Mit der unter ESAP durch die Verschuldung erzwungenen Liberalisierung und Deregulierung ab 1990 wurden Konzessionen an schwarze Banker erteilt. Es wurden 16 neue Banken gegründet. Dadurch erhielt die Elite Zugang zu Krediten, wovon Minister und andere gut vernetzte Individuen regen Gebrauch machten. Die Banken vergaben Kredite, ohne die dafür nötigen Reserven und ohne sorgfältige Prüfung der Kreditnehmer. Als die Kredite nicht zurückbezahlt wurden, brachen viele der einheimischen Banken ein. Obwohl die Konkurse in einigen Fällen auf Insiderkredite zurück zu führen und folglich betrügerisch waren, wurde niemand zur Rechenschaft gezogen. Zwischen 2000 und 2008 wurden 12 neue Banken gegründet, die auch Unternehmen ausserhalb der herrschenden Elite Geld liehen. Unter Missbrauch seiner Macht schloss der Staat Banken, die der Opposition nahestanden. Als die Anleger daraufhin begannen, ihr Geld abzuheben, führte das zu einer Bankenkrise. 2004 setzte die Reservebank 16 Banken unter Nachlassverwaltung und schloss sie zum Teil ganz. So verloren die Anleger ihr ganzes Vermögen. Um der Krise zu begegnen, liess der Gouverneur der Reserve Bank Gono, von 2003 an Geld drucken, was bis 2008 zu der bekannten Hyperinflation führte, die sämtliche Sparguthaben entwertete. Heute ist der Bankensektor gegenüber 2004 zur Hälfte geschrumpft. Die Leute haben das Vertrauen in die Banken verloren.

Die Untersuchungen von Jabusile Shumba zeigen, auf welche Weise die militärisch-politische Elite den Staat dazu benutzte, sich die Ressourcen des Landes und der Gesellschaft anzueignen. Dabei diente der Sicherheitsapparat der Repression und sicherte die Machterhaltung der Elite, deren Politik immer erraticter wird. In letzter Konsequenz führt der Raubtierstaat mit seiner Anti-Entwicklungspolitik dazu, dass es nichts mehr zu plündern gibt. Ich möchte anfügen, dass die Regierung Mnangagwa daran nichts geändert hat.

## 2. Neuere Entwicklungen

### 2.1. Der Bericht der Motlanthe-Kommission

Nach dem vom Militär erzwungenen Rücktritt von Robert Mugabe nach 37 Jahren, herrschte eine positive Stimmung im Land - die Hoffnung auf Veränderungen war gross. Die Wahlen vom 30. Juli 2018 wurden von internationalen Beobachtern zwar in verschiedener Hinsicht als mangelhaft

bezeichnet, sie verliefen jedoch vor und während des Wahlvorgangs weitgehend gewaltfrei und geordnet. Zum ersten Mal konnte die Oppositionspartei MDC ungehindert Wahlveranstaltungen durchführen. Internationale Beobachter wurden zugelassen, u.a. von der EU. Unmittelbar nach Schliessung der Wahllokale erklärte die MDC, dass ihr Kandidat Nelson Chamisa, die Präsidentschaftswahlen gewonnen habe. Gemäss Wahlreglement werden die Wahlzettel vor Ort im Wahllokal und in Anwesenheit von Parteienvertretern ausgezählt. Anschliessend werden die sogenannten V11-Formulare, auf welchen die Resultate der drei gleichzeitig stattfindenden Wahlen stehen – nämlich Lokalverwaltung, Parlament und Präsidentschaft –, am Wahllokal für alle sichtbar angeschlagen. Auf diese V11-Formulare stützte sich die MDC mit ihrer Behauptung, Chamisa habe den Kampf für die Präsidentschaft für sich entschieden. Nur hatte die MDC in einer ganzen Anzahl von Wahlkreisen keine Wahlbeobachter, sie extrapolierte die ihr zugänglichen vorhandenen Resultate. Als sich die Bekanntmachung der Resultate für die Präsidentschaft verzögerte, rief die Partei ihre Anhänger dazu auf, den Wahlsieg von Chamisa auf der Strasse zu verteidigen. Dies führte zu den tragischen Ereignissen vom 1. August, welche den hoffnungsvollen Aufbruch Zimbabwes in eine bessere Zukunft zum Scheitern brachte. Die Proteste arteten vor allem in der Innenstadt von Harare zu Gewaltausbrüchen aus. Die Polizei verlor die Kontrolle und rief die Armee zu Hilfe. Trauriges Fazit: Sechs Menschen wurden erschossen und 35 verwundet. Das Land erstarb im Schock. Vieles war unklar. Wer war verantwortlich für den Gebrauch der Schusswaffen (AK47 Maschinengewehre) gegen Zivilisten, wer hatte den Schiessbefehl mit scharfer Munition erteilt? Präsident Mnangagwa geriet unter Druck und setzte eine externe Untersuchungskommission unter dem ehemaligen südafrikanischen Präsidenten Motlanthe ein. Diese legte ihren Bericht am 25. November vor.

Am 18. Dezember löste Mnangagwa sein Versprechen ein und liess den mit Anhängen 125 Seiten umfassenden Bericht veröffentlichen. Die Kommission hörte mehr als 100 Zeugen, sprach mit den Opfern, bzw. deren Hinterbliebenen, besichtigte die Orte des Geschehens, nahm forensische und Autopsieberichte zur Kenntnis, hörte Vertreter von Polizei und Armee. Die Kommission würdigte die Ereignisse im Kontext der Wahlen. Sie hielt fest, dass die MDC die Proteste geplant und organisiert hatte und dass der Einsatz der Armee gerechtfertigt war. Die 6 Toten, von denen 4 in den Rücken geschossen wurden, sowie die 35 Verletzten seien auf die Sicherheitskräfte zurückzuführen, deren Einsatz nicht sachgemäss gehandhabt worden und unverhältnismässig gewesen sei. Die Sicherheitskräfte werden auch für ihre Angriffe mit Schlagstöcken etc. auf die Bevölkerung kritisiert. Diese Gewalt traf auch völlig Unbeteiligte, z.B. Angestellte auf dem Heimweg.

Die Empfehlungen der Kommission: Die Geschädigten seien zu entschädigen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Für beides sei eine Kommission einzusetzen. Im Übrigen müsse politische Toleranz und der Dialog zwischen den beiden Parteien gefördert werden und das Wahlreglement angepasst werden, um die Transparenz zu verbessern.

Der Bericht wird kritisiert, weil er vieles offen liess. Zum Beispiel mache die Kommission keine Aussagen darüber, wer für den Schiessbefehl verantwortlich war und wer geschossen hatte, obwohl das aufgrund ballistischer Gutachten möglich wäre. Eine Untersuchung der Sicherheitskräfte gegen sich selbst zu verlangen, sei widersinnig. Es sei nicht anzunehmen, dass die Opfer konkret je entschädigt würden und dass jemand zur Rechenschaft gezogen würde. Die MDC lehnte den Bericht in seiner Gesamtheit ab. Der Bericht habe nichts gebracht, was nicht jedermann schon wusste, er sei reine Geldverschwendung.

Eine weitere Unklarheit betrifft die Rolle von Präsident Mnangagwa. Dieser hatte sich nach den Vorfällen schockiert gezeigt und ausgesagt, dass er den Einsatz der Armee nicht angeordnet habe.

Gemäss Gesetz ist der Präsident der Einzige der berechtigt ist, den Einsatz der Armee anzuordnen. In den Anhängen zum Bericht findet sich ein Schreiben des Polizeikommandanten an den Innenminister, in dem dieser um den Einsatz der Armee ersucht. Ein weiteres Schreiben mit dem gleichen Anliegen – immer am 1. August – geht vom Innenminister zum Vizepräsidenten und Verteidigungsminister Chiwenga. Dieser meldet wiederum schriftlich zurück, dass der Präsident dem Gesuch stattgegeben habe. Ein Schreiben des Präsidenten fehlt jedoch.

Der Bericht bemüht sich um einen versöhnlichen Ton und verteilt die Verantwortung für die Ereignisse auf beide Seiten. Die Zivilgesellschaft kritisierte, dass es für diejenigen, die vor der Kommission aussagten, keinen Zeugenschutz gab. Anscheinend wurden Zeugen nach der Aussage physisch angegriffen.

Ich erwähne diese Vorfälle so ausführlich, weil sie eine entscheidende Wende brachten, nicht nur in Zimbabwe selbst, sondern auch international. Der Goodwill, der Mnangagwa entgegengebracht wurde, obwohl er mithilfe der Armee an die Macht gelangt war, zerbrach in jenen Stunden. Der Verdacht, dass der Präsident in der Hand der Armee war und nur über begrenzten Handlungsspielraum verfügte, gewann die Oberhand. In Zimbabwe verschwand die positive Stimmung. Ebenfalls als Folge verlängerten die USA die Sanktionen gegen Zimbabwe, und die Bereitschaft, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zimbabwe wieder zu beleben und Investitionen zu fördern, schwand rapide.

Mnangagwa behielt seinen versöhnlichen Ton bei und versprach der Präsident aller Zimbabwerinnen und Zimbabwer zu sein. Er versuchte den Erwartungen entgegenzukommen, indem er die Anzahl der Minister verkleinerte und mit Mthuli Ncube einen Technokraten zum neuen Finanzminister machte. Aber er hat es bisher unterlassen, die nötigen Schritte zu einer handfesten Reform einzuleiten. Die Inflation beträgt über 30 Prozent, für einen US-Dollar bezahlt man 3,5 Bond notes. Die Notenbank kontrolliert die Devisen und erlaubt den Unternehmen nicht, den nötigen Nachschub im Ausland einzukaufen. Selbst mit US-Dollar auf dem Konto ist die Zuteilung einer Einfuhrbewilligung nicht gesichert. Bevorzugt werden die politisch vernetzten Unternehmen. Die noch vorhandene Industrie sagt aus, dass ihre Vorräte gerade noch für einen Monat reichen. Besonders dramatisch ist die Situation beim Treibstoff. Bilder von kilometerlangen Schlangen vor den Tankstellen gingen gestern Abend über die sozialen Medien. Die Situation spitzt sich praktisch stündlich zu.

Die öffentlichen Angestellten verlangen Bezahlung in US-Dollar, was die Regierung nicht genehmigen kann, weil sie das Geld nicht hat. Während die Lohnsumme aller Regierungsangestellten 2009 auf 30 Mio. monatlich zu stehen kam, waren es 2019 300 Mio, also 10 mal mehr. Gestern gelang es der Regierung, die seit einem Monat streikenden Assistenzärzte zur Wiederaufnahme ihrer Arbeit zu bewegen. Seit Montag streiken die Lehrerinnen und Lehrer; die übrigen Staatsangestellten drohen ebenfalls mit Streik, wenn ihre Löhne nicht angepasst werden. In den Läden beginnen die Nahrungsmittel knapp zu werden. An Weihnachten musste in den meisten Familien auf das übliche Festessen verzichtet werden. Die wirtschaftliche Situation ist angespannt und droht Mnangagwa den Boden unter den Füßen zu entziehen. Er unternimmt frenetische Rettungsversuche. Gestern sprach er vor dem europäischen Parlament, um anschliessend weiter nach Zentralasien und Russland zu reisen, um Hilfe zu organisieren. Ende Januar wird er in Davos am WEF erwartet. Er verspricht, die nötigen Massnahmen zu ergreifen, in der Praxis geschieht jedoch nichts. Die Frage ist: kann er nicht oder will er nicht? Wie fest sitzt Mnangagwa tatsächlich im Sattel? Es gab einen Anschlag auf sein Leben, der immer noch nicht aufgeklärt ist. Aber während das Land in den Abgrund gleitet, geht der fahrlässige Umgang mit den Ressourcen weiter. Zum Beispiel, um ein Flugzeug zu chartern, damit die

ehemalige First Lady aus Singapur, wo sie mit ihrem Mann weilt, an eine Beerdigung in Zimbabwe fliegen kann.

Es gilt den Übergang in einen Entwicklungsmodus zu ermöglichen, ohne dass das Land tatsächlich ins Chaos gestürzt wird. Besonnene Stimmen, wie diejenige des Ökonomen Eddi Cross suchen weiterhin den Dialog mit Mnangagwa und machen Vorschläge, mit welchen Schritten den wirtschaftlichen Engpässen begegnet werden könnte. Sie sind im Rundbrief der Vereinigung CH-Zimbabwe nachzulesen. Dazu gehört die Aufhebung der Devisenkontrollen und striktes Vorgehen gegen Korruption und Klientelwirtschaft. Mit den richtigen Massnahmen könnte sich Zimbabwe relativ rasch wieder erholen.

## 2.2. Überraschende Schweizer Connection

Der neue Schweizer Aussenminister Ignazio Cassis hat diese Woche drei Länder im südlichen Afrika bereist, darunter auch Zimbabwe, wo er die Newlands Aids-Klinik des Schweizer Arztes Ruedi Lüthi besuchte. Er wurde kritisiert, weil er in Sambia nach dem Besuch der Kupfermine Mopani, deren Besitzerin Glencore lobte, ohne Kontakt mit der dortigen Zivilgesellschaft zu suchen und sich ein umfassendes Bild von den Aktivitäten von Glencore zu machen. Was hingegen wenig bekannt ist: Glencore ist auch in Zimbabwe ein wichtiger Player, allerdings nicht als Minenbetreiber, sondern in der Rolle des Rohstoffhändlers. Im Folgenden stütze ich mich auf Recherchen von Africa Confidential. Es gelang dem Unternehmen mit Sitz in Zug, über eine weitere Firma namens Woble Investments 2010 faktisch 74% von Zuva Petroleum zu erwerben, der die Hälfte der Tankstellen in Zimbabwe gehört. Dabei handelt es sich um die ehemaligen BP und Shell Tankstellen. Zwar wäre dies unter den damals geltenden Indigenisierungsgesetzen nicht möglich gewesen. Die Einwände der zuständigen Behörde wurden jedoch von höchster Stelle beiseitegeschoben und der Kauf bewilligt. Die einheimischen Geschäftspartner von Glencore sind einflussreiche ZANU-Mitglieder, die Mnangagwa nahestanden.

Ein anderes Unternehmen mit Sitz in Genf, es handelt sich um den Rohstoffgiganten Trafigura, der wie Glencore aus dem Marc Rich Imperium hervorging, kaufte über seine Unterfirma Puma Energy Africa Holdings die strategisch wichtige Sakunda Energy und kontrolliert seither die andere Hälfte des Treibstoffvertriebes in Zimbabwe. Puma kontrolliert zudem mit Feruka die einzige Pipeline, die von Beira nach Harare führt. Die Wettbewerbskommission intervenierte, weil Puma mit einem Anteil von 60% an Redan, einem anderen Treibstoffverteiler, bereits eine marktdominierende Position innehatte. Die Auflagen der Wettbewerbskommission, auch anderen Playern Zugang zur Pipeline zu gewähren, wurden von höchster Stelle gestrichen. Dies, nachdem Trafigura dem Mugabe-Regime in der kritischen Zeit vor den Wahlen von 2013 mit einem 200 Mio. Kredit unter die Arme gegriffen hatte. Puma kontrolliert die strategisch wichtige Treibstoffversorgung des Landes und kann den Beinhahn nach Belieben an- oder abstellen. Dabei wird gemunkelt, dass Trafigura im Machtkampf zwischen dem Präsidenten und der Armee auf Seiten der letzteren steht. Ebenfalls in den letzten Tagen war zu lesen, dass MSC, die zweitgrösste Transportfirma der Welt, mit Sitz in Genf, damit drohte, keine Container mehr an Kunden in Zimbabwe auszuliefern, die ihre Rechnungen nicht bezahlt haben. Dass Firmen mit Sitz in der Schweiz, so tief in die zimbabweischen Machtverhältnisse verstrickt und an der Ausblutung des Landes beteiligt sind, war neu für mich. Diese mächtigen Konzerne schaffen sich u.a. mit Kreditvergabe ein günstiges Umfeld für ihre Geschäfte. Dieser Sachverhalt lässt den Besuch von Cassis in einem ganz neuen Licht erscheinen.

*Jahresversammlung Vereinigung Schweiz-Zimbabwe vom 12. Januar 2019 in Zug  
Referat Barbara Müller*

Erlauben Sie mir, hier noch ein Wort zur Schweizer Politik anzufügen: Zurzeit wird im Ständerat die Revision des Aktienrechtes (Par. 964 OR) diskutiert. Neu soll eine Transparenzregel eingeführt werden, die gemäss Vorschlag des Bundesrates Rohstoff fördernde Unternehmen verpflichtet, Zahlungen an Regierungen offenzulegen. Dem steht ein Gegenantrag gegenüber, der verlangt, dass auch der Rohstoffhandel in die Pflicht genommen wird. Das Geschäft soll in der Frühjahrsession im Ständerat noch einmal behandelt werden. Das Beispiel Zimbabwe zeigt, wie wichtig eine solche Transparenzregel im Kampf gegen Korruption und Plünderung wäre. Die KEESA und das Afrika-Komitee haben den Ständerat mit einem Schreiben aufgefordert, diesen Gegenantrag zu unterstützen, der insgesamt 540 Unternehmen in der Schweiz betreffen würde. Auch die Konzernverantwortungsinitiative, die ebenfalls bald im Ständerat behandelt wird, würde helfen, die schlimmsten Auswüchse zu verhindern.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.